

CIVITAS

INITIATIV GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

KONTAKTE

amal Sachsen - Büro Dresden
Bautzner Strasse 41 (HH - Eingang Martin - Luther - Str.)
01099 Dresden
Tel.: 0351 - 8894174
Fax.: 0351-? 8049671
Mobil: 0172 - 9741268
Email: amal.dresden@ndk-wurzen.de

amal Sachsen - Büro Wurzen
Bahnhofstr. 19
04808 Wurzen
Tel.: 03425 - 851541
Fax.: 03425 - 851542
Mobil: 0172 - 9743674
Email: amal.wurzen@ndk-wurzen.de

amal Sachsen - Büro Görlitz
Bautzener Str. 20
02826 Görlitz
Tel.: 03581 - 878583
Fax.: 03581 - 878584
Mobil: 0170 - 3180755
Email: amal.görlitz@ndk-wurzen.de

www.amal-sachsen.de

AMAL Sachsen wird gefördert vom Bundesjugendministerium durch das Programm „CIVITAS-Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“.

Spenden an unser Projekt werden zukünftig wichtiger denn je, denn die 100%ige Absicherung durch das CIVITAS-Programm geht ihrem Ende entgegen. Die Suche nach Ko-Finanzierung ist für uns jedoch kräfteaufwendend und bindet wichtige Arbeitszeit, die wir lieber für Beratung oder Präventionsarbeit verwenden würden. Jede Spende hilft uns dabei, für die Opfer rechter Gewalt weiterhin tätig sein zu können!

Spenden bitte an:

Bank für Sozialwirtschaft
KNR: 3 522 101
BLZ: 860 205 00
Stichwort: AMAL Sachsen

Spenden sind steuerlich absetzbar.



Netzwerk für Demokratische Kultur

AMAL
NEWS

Hoffnung

HOPE

ESPOIR

ESPERANZA

UMUT

HOPE
HOFFNUNG

НАДЕЖДА

Inhalt:

- Editorial
- Projektbeschreibung
- Chronik rechtsextremistischer Aktivitäten in Sachsen
- Flüchtlinge und rechte Gewalt
- Thor muss weg - Kampagne
- Asylbewerberleistungsgesetz
- agOra - Arbeitsgemeinschaft der Opferberatungsprojekte
- Gastkommentar: Markus Zeeh (NDK)

Impressum:

V.i.S.d.P.: Grit Armonies (Projektleiterin)

AMAL Sachsen

Bahnhofstrasse 19
04808 Wurzen

Tel.: 034 25 - 85 15 41
Fax.: 034 25 - 85 15 42

Email: amal.wurzen@ndk-wurzen.de
Web: www.amal-sachsen.de

Editorial

Die Amal-News, die zweimonatlich erscheinen werden, sollen die Arbeit unseres 10köpfigen Teams bei befreundeten Menschen und Projekten, aber auch bei uns noch nicht bekannten Institutionen und Einzelpersonen transparenter darstellen und Interesse an unserer Arbeit wecken.

Zudem ist uns neben der immer wieder notwendigen Thematisierung der Sichtweise der Opfer wichtig zu zeigen, welches Ausmaß rechte Gewalt in Sachsen nach wie vor besitzt. Aber auch Rassismus und Diskriminierung, auch durch staatliche Behörden oder Polizei, sollen in unseren News zur Sprache kommen.

Neben einem Gastkommentar wird es eine Chronik rechter Übergriffe geben, die in jedem Heft aktualisiert werden wird, abwechselnd eine Falldokumentation und die Vorstellung von uns betreffenden Gesetzen oder Bestimmungen, eine Kampagnenseite, Berichte aus Asylbewerberheimen und Mitteilungen über aktuelle Entwicklungen im Projekt. Kritik, Anregungen oder Kommentare sind jederzeit willkommen und können an unsere e-mail-Adresse geschickt werden.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Das Amal-Team

Das Projekt AMAL Sachsen

AMAL Sachsen existiert seit dem Sommer 2001 und bemüht sich um Unterstützung Betroffener rechter Gewalt. Wir arbeiten nach einem parteiischen, an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierten Ansatz. In der Zusammenarbeit mit Betroffenen gelten die Prinzipien der Vertraulichkeit und der Freiwilligkeit. Unser Beratungsangebot ist unentgeltlich und auf Wunsch wird Anonymität garantiert. Wir arbeiten in erster Linie aufsuchend und werden nur in dem von den Betroffenen gewünschten Maße aktiv.

Die Beratungstätigkeit beinhaltet im engeren Sinne die psychosoziale Stabilisierung der Betroffenen, die Hilfe bei der Suche nach RechtsanwältInnen und PsychologInnen sowie bei Behördengängen und Antragstellungen, die Begleitung im Gerichtsverfahren und die fallspezifische Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus stellen wir der Öffentlichkeit anonymisierte Informationen zur Situation von Betroffenen zur Verfügung und beteiligen uns an Präventionsveranstaltungen. AMAL ist in Sachsen mit drei Büros und entsprechend drei Teams vertreten: in Wurzen, Dresden und Görlitz.

Träger von AMAL Sachsen ist das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. in Wurzen, in dem über verschiedene Projekte demokratische und gewaltfreie Umgangsformen im Zeichen einer aktiven Zivilgesellschaft gesucht und erprobt werden. Finanziert wird AMAL über das Bundesprogramm CIVITAS.

Eine unvollständige Chronik rechtsextremistischer Aktivitäten der letzten Zeit

(wenn nicht anders angegeben ist die Quelle AMAL Sachsen)

30.11.02 · Dresden

Im Neonazitreffpunkt Thor findet eine Veranstaltung statt. Als die Polizei eintrifft, leisten sie Widerstand und die Beamten lösen die Veranstaltung auf.

30.11.02 · Reinhardtsdorf-Schöna

In dem Jugendklub, welchen schon die SSS nutzte, findet eine Neonazi-Veranstaltung statt. Als die Polizei aufgrund der lauten Musik eintrifft, zeigen einige Neonazis den Hitlergruß, woraufhin die Polizei einschreitet.

27.11.02 · Kamenz

In der Nacht sprühen Unbekannte großflächig faschistische Parolen und schänden ein Denkmal mit Hakenkreuzen.

Quelle: Polizeidirektion Dresden

24.11.02 · Hoyerswerda

Während eines Fußballspiels brüllen zwei Personen über Megaphon „Wir sind die Waffen-SS“.

Quelle: Polizeidirektion Dresden

23.11.02 · Neusalza-Spremberg

Gegen 22 Uhr werden 2 Jugendliche von 2 Rechtsradikalen angepöbelt und beleidigt.

20.11.02 · Dresden

Ca. 25 Neonazis aus dem Umfeld des Klubs Thor versuchen eine Infoveranstaltung zu verhindern. Die Polizei kann dies unterbinden.

17.11.02 · Dresden

Eine Gruppe von Neonazis zieht gröhrend vor ein von Linken bewohntes Haus. Sie beschimpfen die BewohnerInnen und zerstören die Klingel.

17.11.02 · Hoyerswerda

Die Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft veranstaltet ein sogenanntes „Heldengedenken“. Daran nehmen ca. 55 Rechtsextremisten teil. Am Abend dringen 3 Rechtsradikale in einen alternativen Jugendklub ein, zeigen den Hitlergruß, rufen „Sieg Heil“ und richten einigen Sachschaden an.

15.11.02 · Königsbrück

In der Nacht sprühen Unbekannte großflächig die Parole „Zecken raus aus Königsbrück“ und ein Hakenkreuz.

Quelle: Polizeidirektion Dresden

10.11.02 · Dresden

Nach einer Party im Klub Thor werfen einige mutmaßliche Neonazis auf ein von Linken bewohntes Haus mit Steinen.

01.11.02 · Niesky

Ein farbiger Jugendlicher wird von einem Mitglied der Kameradschaft Schlesische Jungs als „Scheiß Nigger“ beschimpft

Flüchtlinge und rechte Gewalt

Nach der „Verteilung“ von Asylbewerbern aus der Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz kommt die Mehrzahl der Flüchtlinge in abgelegene, bevölkerungsarme Gebiete. Aber genau in solchen Gebieten ist die Gefahr, die von Rechten gegenüber Flüchtlingen ausgeht, am größten. Der Druck auf die Flüchtlinge steigt so sehr, dass viele von ihnen verzweifelt sind und aus den Heimen raus wollen.

In den meisten Heimen leben zwischen 100 und 300 Menschen, in manchen auch weniger. Jede Person bekommt lediglich 40 Euro Taschengeld im Monat, die (gekürzte) Sozialhilfe wird in Form von Essens- und Kosmetikpaketen oder Gutscheinen und Kleidergutscheinen gewährt. Flüchtlinge müssen oft jahrelang in diesen Heimen zubringen. Viele Flüchtlinge in den Heimen sind von Rechtsextremismus und Rassismus direkt betroffen - sei es durch Diskriminierung von seiten der Bevölkerung der Orte, in denen sich die Heime befinden, sei es durch direkte rechte Gewalt oder behördlichen Rassismus.

Viele der in Heimen Lebenden verlassen die Heime aus Angst nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr. Bei den Behörden haben sie oft mit institutionellem Rassismus zu kämpfen. Zusätzlich müssen Flüchtlinge mit der für sie oft nicht verständlichen deutschen Amtssprache zurechtkommen - Sprachkurse sind nicht vorgesehen. Die schlechten Bedingungen, unter denen Flüchtlinge leben, erlauben es ihnen nicht, sich selbstorganisiert und mündig den rechten Gewalttätern entgegenzustellen. Die Probleme mit rechter Gewalt sind für viele Flüchtlinge zweitrangig gegenüber Problemen des Aufenthaltes. Außerdem herrscht die Meinung vor, dass deutsche Polizisten deutsche Täter gegenüber Ausländern schützen, was das Anzeigeverhalten stark beeinflusst.

In den folgenden Ausgaben der Amal-News soll jeweils ein Heim kurz beleuchtet werden.

Das Asylbewerberleistungsgesetz - ein rassistisches Gesetz?

„Menschenwürde mit Rabatt“, so bezeichnet Georg Claasen, einer der bekanntesten Kritiker, das Gesetz.

Asylbewerber unterliegen nicht mehr dem Bundessozialhilfegesetz, welches das Existenzminimum in Deutschland festlegt, sondern für die Versorgung der Flüchtlinge wurde ein eigenes Gesetz geschaffen. Dies bedeutet, dass für Flüchtlinge das Existenzminimum in Deutschland keine Gültigkeit besitzt. Die Leistungen für Flüchtlinge liegen derzeit bei 20-60% unter den Leistungen des BSHG. Bedenkt man, dass die generelle gewollte Sozialhilfebedürftigkeit von Asylbewerbern Ergebnis

verschiedener Umstände ist, wie dem faktischen Arbeitsverbot, dem Ausbildungsverbot, dem Entzug von Kinder- und Erziehungsgeld, dem fehlenden Zugang zur Krankenversicherung und dem Wohnverbot (in letzter Zeit etwas gelockert), erscheint das Gesetz besonders diskriminierend.

Selbst das ohnehin nur 40 € betragende Taschengeld pro Monat kann bei „fehlender Mitwirkungspflicht“ noch gekürzt werden. Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes soll das Gesetz nicht abgeschafft werden - im Gegenteil, es wird noch ausgeweitet auf andere Personengruppen, wie z.B. jüdische Kontingentflüchtlinge oder Personen, die ein Bleiberecht aus humanitären Gründen haben.

www.proasyl.de

Eine Neonazikneipe in Dresden



Seit Mai 2002 betreiben Neonazis in Dresden-Übigau eine rechtsextremistische Gaststätte, die Kneipe „THOR“. Angeblich soll hier eine „nationale Jugendarbeit“ gemacht werden. In Wahrheit finden und fanden hier regelmäßig rechtsextremistische Konzerte, Partys und Schulungsveranstaltungen statt. Aber auch die Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen wurde von hier aus organisiert. Somit wird der Versuch unternommen, sich einen Rückzugsraum zu schaffen, in dem und von dem aus die Neonazis ungestört agieren können. Dabei wird eine neonazistische und menschenfeindliche Ideologie verbreitet und junge Rechte an diese herangeführt und/ oder in dieser gefestigt. Auch gab es seit dem Sommer mehrere Übergriffe, welche vom „Thor“ aus durchgeführt wurden.

Weil es nicht hinnehmbar ist, dass Rechtsextremisten ungestört ihre Inhalte propagieren können haben sich im Herbst 2002 viele antifaschistische und bürgerliche Gruppen zusammenschlossen und die Kampagne „Thor muss weg“ in Dresden initiiert. Ziel ist es zu verhindern, dass sich eine Neonazikneipe in Dresden ungestört etablieren kann. Dazu werden/wurden eine Reihe verschiedener Aktivitäten geplant und durchgeführt. So gibt es Informationsveranstaltungen, ein antifaschistisches Fußballturnier und weitere Aktionen.

AMAL Sachsen unterstützt diese Kampagne, weil es wichtig ist, sich deutlich und unmissverständlich gegen Neonazis und deren Umtriebe (nicht nur) in Dresden zu positionieren.

www.thormussweg.de

agOra - Arbeitsgemeinschaft der Beratungsprojekte für Opfer von rassistischer, rechtsextremistischer und antisemitischer Gewalt

In einer demokratischen Gesellschaft muss jeder Mensch die gleichen Rechte und die gleichen Möglichkeiten haben ohne Angst zu leben. Die Realität sieht aber anders aus: Flüchtlinge und MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten werden systematisch benachteiligt und ausgegrenzt. Sie sind immer wieder Ziel rassistischer Übergriffe, wie z.B. von Beleidigungen, Diskriminierungen ausgehend über körperliche Übergriffe bis zu Mord. In diesem gesellschaftlichen Klima rechtsextremer, rassistischer oder antisemitischer Gewalt leben aber noch andere Minderheiten. Leider werden solche rechtsextremen Taten von der Gesellschaft mit Desinteresse und Gleichgültigkeit aufgenommen. Dadurch werden Täter häufig in Ihren Handlungen und Denkweisen noch bestärkt. Zudem geraten die Betroffenen immer mehr in den Hintergrund und werden durch das Ausbleiben gesellschaftlicher Solidarisierungsprozesse weiter ins Abseits gedrängt.

Die in der BAG zusammengeschlossenen Opferberatungsprojekte setzen an diesem Punkt an: Neben der Beratung Betroffener rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützen sie Hilfe zur Selbstorganisation und tragen zur eigenständigen Interessenvertretung bei. Dies sind die Voraussetzungen dafür, dass die Perspektive der Betroffenen verstärkt in das öffentliche Bewusstsein eindringt. So können Solidarisierungsprozesse mit den Betroffenen ausgelöst werden, die zu einer Veränderung eines gesellschaftlichen Klimas führen.

Eine solche Arbeit ist nicht ohne Probleme: Ausländer- und asylrechtliche Vorschriften, Mangel an qualifizierten Beratungs- und Therapieangeboten zur Weitervermittlung Betroffener, die Gleichgültigkeit und Ignoranz vieler Kommunen sowie die Ungewissheit über die finanzielle Zukunft der Projekte.

Gründung der agOra

Um die Anliegen und Diskussionen der Beratungsprojekte auch länderübergreifend in die Öffentlichkeit zu tragen und die Erfahrungen und Kompetenzen der Einzelprojekte zu bündeln, haben sich verschiedene Projekte und Initiativen, die in der Beratung von Opfern rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt tätig sind, nun in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Ziele der agOra

1. Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit

- für die Selbstorganisation und -artikulation von Menschen, die zu den Opfergruppen rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt gehören,
- für die Stärkung der Sichtweise der Betroffenen in der öffentlichen Wahrnehmung des Problems,
- für weitergreifende politische Forderungen, die sich aus der Arbeit mit Opfern rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt ergeben,
- für eine Stabilisierung bzw. Ausweitung der Finanzierung von Beratungsstellen und die Schaffung weiterer Beratungsprojekte

2. Förderung des fachlichen Austausches der Mitglieder

- über die Situation von Opfern rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt,
- über konzeptionelle Fragen und länderspezifische Problemlagen und Lösungsansätze,
- über fachrelevante gesellschaftliche und politische Entwicklungen

agOra umfasst folgende Gründungsmitglieder:

- Opferperspektive Brandenburg
- AMAL - Hilfe für Betroffene rechter Gewalt (Sachsen)
- Reach Out - Beratung und Bildung gegen Rechtsextremismus und Rassismus (Berlin)
- LOBBI - Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt (Mecklenburg-Vorpommern)
- ABAD - Anlaufstelle für Betroffene rechtsextremer und rassistischer Angriffe und Diskriminierungen (Thüringen)
- Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt (Leipzig, Sachsen)
- Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt (Dessau, Sachsen-Anhalt)
- Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt (Cottbus, Brandenburg)
- Kontakt und Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt (Bernau, Brandenburg)
- Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt (Frankfurt (Oder), Brandenburg)
- Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt (Strausberg, Brandenburg).

Projekte, die ähnliche Ansätze - auch in den alten Bundesländern - vertreten, sind herzlich willkommen!!!

Organisation der agOra:

Delegierte der einzelnen Projekte treffen sich im Projektrat zum regelmäßigen Austausch, mindestens drei Mal pro Jahr. Ein dreiköpfiger SprecherInnenrat vertritt die Projekte in enger Abstimmung mit den Delegierten nach außen. Mitgliedsanträge können über die Mitgliedsprojekte oder den SprecherInnenrat an die BAG herangetragen werden. Der Delegiertenrat entscheidet abschließend über eine Mitgliedschaft.